Enztal-Bote

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis Mk. 3.30 vierteljährl., Mk. 1.10 monatl.; durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr Mk. 3.30, im sonst. inländischen Verkehr Mk. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellg.

Anzeigenpreis: die einspalt'ge Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Anzeigenannahme in Wildbad in der Expedition Wilhelmstraße 99; in Calmbach Hauptstraße 109. Fernsprecher Nr. 85.

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei — Schriftl.: Th. Gack, beide in Wildbad.

Nr. 239 — Mittwoch, den 22. Oktober 1919 — Jahrgang 53

Argentinien als Auswanderungsland.

Unter den Staaten, die in Deutschland für eine Auswanderung in das Auge gefaßt werden, steht Argentinien an erster Stelle. Diese Vorliebe für die groß südamerikanische Republik beruht einmal auf der neutralen Haltung, die das Land Deutschland gegenüber während des Weltkriegs eingenommen hat, ist aber auch in den geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Argentiniens begründet. In Flächeninhalt so groß wie Deutschland Oesterreich, Ungarn, Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Schweden, die Schweiz und Portugal zusammen, bietet es noch genügend Raum für Millionen neuer Einwohner. Während die vorstehend genannten Länder vor dem Krieg zusammen 218 Millionen Menschen beherbergten, kamen auf ganz Argentinien nur 7,1 Millionen oder 12 Einwohner auf den Quadratkilometer. Argentinien hat aber nicht nur noch genügend Platz für neue Einwanderer, sondern kann als Agrarstaat ihnen auch das zum Leben notwendige Brot im Ueberfluß schaffen. Argentinischer Weizen, Hafer und Mais, argentinische Leinsaat und argentinisches Gefrierfleisch sind in der ganzen Welt sehr begehrte Artikel.

M. Insoweit wäre also Argentinien ein für eine Einwanderung sehr geeignetes Land, doch wird der, der gewillt ist, den Staub der alten deutschen Heimat von den Füßen zu schütteln und den Wanderstab zu ergreifen, gut daran tun, sich keinen übertriebenen Illusionen hinzugeben, um dann nicht bei der Ankunft jenseits des Ozeans allzu sehr enttäuscht zu werden. Es ist uns jetzt aus Argentinien eine Reihe von Abhandlungen über Einwanderung, Kolonisation und Landwirtschaft, u. a. auch eine vom „Verein zum Schutze germanischer Einwanderer" verfaßte, zugegangen, in denen zwar übereinstimmend auf die Fruchtbarkeit des Landes hingewiesen, zugleich aber doch betont wird, daß auch in Argentinien der Einwanderer nur nach langjähriger harter Arbeit auf eigener Scholle Früchte ernten kann. Am günstigsten werden die Aussichten für Landwirte und landwirtschaftliche Arbeiter sowie für Handwerker bezeichnet, doch werden die Landwirte gleichzeitig auf die in Argentinien vorherrschende Latifundienwirtschaft (Großgrundbesitz) aufmerksam gemacht, und sie werden davor gewarnt, als Pächter oder Halbpächter Bodenwirtschaft zu betreiben, da das Gesetz als Maximum nur einen Kontrakt von zehn Jahren anerkennt und der Pächter immer der Gefahr ausgesetzt ist, nach diesem Zeitraum seine Aecker wieder verlassen zu müssen, um dann von vorne anzufangen. In Argentinien biete nur der Eigenbesitz die Grundlage zu einem dauernden Wohlstand, und wer ohne größere Mittel drüben anlangt, oder wem die Landwirtschaft bisher ein Buch mit verschlossenen Siegeln war, werde gut daran tun, die erste Zeit in dienender Stellung die Landesverhältnisse und die Arbeit kennen zu lernen, um dann mit den gemachten Ersparnissen klein für sich zu beginnen. Wenn der argentinischen Regierung so viel daran gelegen sei, leistungsfähige deutsche Einwanderer in das Land zu ziehen, so solle sie vor allen Dingen eine gesunde Agrargesetzgebung schaffen und fiskalische Ländereien, die noch genügend vorhanden wären, umsonst oder zu günstigen Zahlungsbedingungen hergeben. Außerdem sei auch ein gründlicher und schleuniger Ausbau des Wegesystems erforderlich, da die Verkehrsverhältnisse oft viel zu wünschen übrig ließen.

Was die Frage anbelangt, wo in dem ausgedehnten Gebiete Argentiniens eine Ansiedelung am vorteilhaftesten sei, so wird ganz besonders hervorgehoben, daß in erster Linie die gemäßigter, im Süden der Republik gelegenen Gebiete in Betracht kommen. Diese Gebiete sind noch nicht übervölkert, weisen teilweise Boden auf, der sich vorzüglich für die Landwirtschaft eignet und vor allem haben sie ein Klima, das sich dem Deutschlands viel mehr nähert, als das der nördlich gelegenen Gebiete.

Bei dieser Gelegenheit sei auch eine Auslassung des Deutsch-Argentinischen Zentralverbandes in Berlin erwähnt, in der u. a. auf die Schwierigkeiten in der Beschaffung des für eine Kolonisierung argentinischen Landes notwendigen Kapitals näher eingegangen wird. „Die deutschen Kapitalisten in Argentinien", so heißt es dort, „verhalten sich ablehnend; es ist besonders ihr kleinlicher Standpunkt, daß sie sozusagen Argentinien gepachtet haben und jeden neu ankommenden Deutschen als einen Konkurrenten ansehen. Die deutschen Behörden in Buenos Aires haben irgendwelche Schritte zur Aufnahme und Unterbringung der kommenden Einwanderer noch nicht getan."

Schleichhandelsversicherung.

Der Schleichhandel hat, begünstigt durch die Zwangswirtschaft, den Erwerb von Auslandswaren in bedenklichem Maß an sich gezogen und er hat Mittel und Wege gefunden, unter Ausschaltung der staatlichen Einschränkung, also unter Umgehung gesetzlicher Vorschriften, die Einfuhr zu betreiben. Die Waren, die natürlich nur mit großen Schwierigkeiten über die Grenze gebracht werden können, stellen sich im Preise weit teurer als solche, bei denen die Einfuhrvorschriften berücksichtigt sind, denn die Gefahr der Beschlagnahme bildet ein erhebliches Risiko, das in den Verkaufspreis einkalkuliert sein will. Auch ohne dieses Risiko sind die Preise auf unrechtmäßigem Wege erworbener Waren naturgemäß teurer als solche, die ordnungsmäßig beschafft werden, da Bestechungsgeld und Wuchergewinn ihren Anteil verschlingen.

Hier beabsichtigt nun eine neue Versicherung einzusetzen, indem sie sich zur Aufgabe macht, das entstehende Risiko der Beschlagnahme zu übernehmen. Der Prämiensatz ist erklärlicherweise sehr hoch und wirkt vertrauend auf den Warenpreis. Wir sind also so weit gekommen, daß ein Schutz öffentlich demjenigen zugesichert wird, gegen den sich der Staat wegen Gesetzesverletzung im Interesse der Allgemeinheit kraftvoll wendet. Mit anderen Worten: der Rechtsbrecher, also derjenige, der vorsätzlich gegen das Gesetz verstößt, ist imstande, sich gegen die dafür ausgesetzte Strafe zu sichern bzw. zu versichern. Ginge man auf dieser Versicherungsfährte weiter, so finden sich vielleicht bald Wege und Mittel, auf denen Schutz gewährt wird gegen die Gefahr, welche bei Steuerhinterziehung und Unterschlagung, Diebstahl und sonstigen schönen Dingen droht.

Ganz abgesehen aber von der moralischen Wirkung einer solchen Versicherung, dürfte durch diese Schutzmaßnahmen in hohem Grade dazu beigetragen werden, den unsoliden Handel die Wege zu ebnen und den Schleichhandel, der heute schon erschreckende Formen angenommen hat, ostentativ zu begünstigen zum Nachteil des ehrlichen Geschäftsmanns, der solche unsauberen Wege zu gehen ablehnt. Eine weitere Folge würde sein, daß die Reichsstellen, denen bereits die Kontrolle unter den gegenwärtigen ungesunden Verhältnissen sehr erschwert ist, die zur Einfuhr kommenden Waren kaum mehr zu übersehen in der Lage sein würden, was schwere Mißstände auf den Wirtschaftsmarkte herbeiführen müßte.

Die neue Schleichhandel-Versicherung, die offenbar darauf hinzielt, die von Gesetzes wegen erlassenen Bestimmungen zu durchkreuzen und aufzuheben, dürfte zweifellos ein Rechtsgeschäft darstellen, welches gegen die guten Sitten verstößt. Es dürfte deshalb von Wichtigkeit sein, sich an zuständiger Stelle einmal damit zu befassen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 20. Okt.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts. Reichsarbeitsministerium.

Abg. Winnefeld (D.Vp.): tritt für baldige Schaffung eines Arbeiterrechts ein. Die Gewerbe- oder Erwerbskrankheit muß als Unfall angesehen werden. Die Arbeitslosenunterstützung wird noch immer an Leute bezahlt, die die ihnen zugewiesene Arbeit nicht verrichten oder wieder niederlegen.

Ein Antrag Schiele (D.nat.Vp.) betreffend Wohnungsfürsorge wird dem Ausschuß überwiesen.

Abg. Bock (U.S.P.) bemängelte die Bezüge der Kriegsbeschädigten.

Minister Schlicke: Das Unwesen der Tumultuanten und falschen Kriegsbeschädigten wird nach Möglichkeit beschnitten werden.

Abg. Schneider-Sachsen (D.d.P.): Die Angestelltenversicherung darf nicht mit der Arbeiterversicherung verschmolzen werden. Das könnte nur zum Schaden der Angestellten ausschlagen.

Zu dem Titel „Förderung des Arbeitsnachweiswesens liegt ein Antrag Scheidemann vor, die eingestellten 600 000 Mark auf 1 600 000 Mark zu erhöhen.

Abg. Sachse (S.): fordert Neugestaltung des Arbeitsnachweiswesens im Bergbau.

Abg. Bolz (Z.): Das Reich kann solche Summen im Vorschuß nicht bewilligen.

Abg. Schneider-Sachsen (D.d.P.): Der Arbeitsnachweis darf nicht immer schematisiert werden. Die Bezirksarbeitsnachweise müssen nach Wirtschaftsgebieten abgegrenzt werden und vor allem wirklich Arbeit nachweisen. Das Reich muß das ganze Nachweiswesen übernehmen.

Der Antrag Scheidemann wird angenommen.

Abg. Gleichauf (D.d.P.) tritt für unparteiische Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses ein.

Abg. Frau Behn (D.nat.Vp.): Die Einbeziehung der Heimarbeiter in das Betriebsrätegesetz ist freudig zu begrüßen. Viele Tausende von Heimarbeiter wollen arbeiten und nicht Arbeitslosenunterstützung beziehen. Aber sie wollen nicht in der Fabrik arbeiten. Auch wegen der Jugendpflege ist zu wünschen, daß die Heimarbeiterinnen bei ihren Kindern bleiben können. Natürlich muß die Heimarbeit reformiert werden. Der Achtstundentag darf nicht beseitigt und die Löhne dürfen nicht gedrückt werden. Die Kräfte der Halberwerbsfähigen könnten in der Heimarbeit ausgenutzt werden.

Abg. Hermann-Reutlingen (D.d.P.) wünscht bei der Organisation der Handwerkskammer, daß diese von allem Zwang befreit und der Selbstverwaltung zugeführt werden.

Neues vom Tage.

Der Untersuchungsausschuß.

Berlin, 21. Okt. Der parlamentarische Ausschuß zur Untersuchung der Kriegsschuld wird heute im Saal 1 des Reichstagsgebäudes seine Sitzungen beginnen. An die deutsche Presse sind nur 12 Eintrittskarten verteilt worden gegen 6 an ausländische Zeitungen. Außer Ludendorff, Bernstorff und Bethmann Hollweg sollen auch der frühere Staatssekretär Zimmermann und vielleicht Hindenburg vernommen werden.

Der erste Unterausschuß unter Vorsitz des Abg. Quarck-Frankfurt (Soz.) hielt gestern die erste Sitzung ab und nahm die Vorschläge des Sachverständigen Kautsky über die Beweiserhebung entgegen.

Heute trat der zweite Unterausschuß, der sich mit den Friedensmöglichkeiten zu beschäftigen hatte, zur ersten öffentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Warmuth (Deutschnat.) zusammen. Der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg, der Vizekanzler Dr. Helfferich und der Botschafter a. D. Graf Bernstorff waren anwesend. Als Sachverständige waren geladen Professor Dr. Bonn-München, Professor Hoetzsch und Professor Dr. Dietrich Schäfer.

Schulkonferenz.

Berlin, 21. Okt. Die Unterrichtsminister der Einzelstaaten haben sich darüber geeinigt, dem preußischen Erlaß über Zulassung der Volksschulehrer zu den Hochschulen grundsätzlich zuzustimmen. Sie befürchten aber von der Ueberfüllung der akademischen Berufe unerträgliche Zustände und wünschen dringend, daß auch Abiturienten der höheren Schulen andere Berufe ergreifen.

Der Wiederaufbauminister.

Berlin, 21. Okt. Wie verlautet, hat Oberbürgermeister Geßler (Dem.) in Nürnberg den Posten eines Ministers für den Wiederaufbau in Frankreich und Belgien angenommen. (Geßler ist 1875 in Ludwigsburg geboren.)

Der Abtransport der baltischen Truppen.

Berlin, 21. Okt. Mit dem Abtransport der deutschen Truppen im Baltenland ist begonnen worden. In Schaulen wurden bereits einige Abteilungen verladen, nachdem die Etappentruppen schon abbefördert waren.

Das ostpreußische Generallandschaftskollegium stiftet 50 000 Mark für die Ansiedlung deutscher Soldaten im Baltenland.

Einem Mitarbeiter der „Börsenzeitung" gegenüber erklärte Graf von der Goltz, der auf Befehl der Reichsregierung nach Berlin zurückgekehrt ist, über die baltische Lage u. a.: Ich hoffe, daß die Ententekommission, die jetzt ins Baltikum geht, an Ort und Stelle sich überzeugen wird, daß keine Truppen mehr bei dem russ. Oberst Bermondt sind, die deutsche Reichsangehörige sind. Ich hoffe weiter, daß diese Kommission die Bedeutung von Bermondts Unternehmen einsehen und verstehen wird, der nichts anderes will, als Denikin. Der west-russische Zentralrat hat die Freiheit Lettlands ausdrücklich anerkannt. Sein politisches Ziel, für das auch Bermondt eintritt, ist ein föderatives Rußland, ich glaube genauer gesagt, die Vereinigten Staaten von Rußland. Die reichsdeutschen Truppen folgen alle dem Räumungsbefehl; aber eine nicht unerhebliche Anzahl

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

wohl etwa die Hälfte, ist aus dem Verband des Reichs ausgeschieden, um russische Staatsbürger zu werden. Diese Truppen bleiben. Schließlich wird auch die Entente einsehen, daß Deutschland sich nicht dagegen zur Wehr setzen kann, wenn eine Anzahl Deutsche Bürger eines anderen Landes werden wollen. Deutschland als solches ist daran völlig unbeteiligt. Ebenso wird man eines Tages erkennen, daß es sich hierbei schließlich nicht um Eroberungs-Ziele von deutscher Seite aus handelt, sondern einfach um private Wünsche der Mannschaften. Es ist nicht zu beschreiben, wie stark der Siedlungswunsch die Leute beherrscht.

Noch ein Revolutionsprozeß.

München, 21. Okt. Vor dem Volksgericht begann heute der Prozeß gegen die Schützen Jakob Müller, Grabosch und Kreinecz und den Vizefeldwebel Konstantin Maslowski. Am 5. Mai ds. Js. waren 21 Mitglieder des kath. Gesellenvereins als vermeintliche Spartakisten gefangen genommen und zum Teil getötet worden. Den Angeklagten wird die Tötung zur Last gelegt.

Die bayerische Regierung verlangt von der österreichischen Regierung die Auslieferung des Bolschewisten Levien. Die Note sagt, daß es bedenklich sei, wenn in Oesterreich die flüchtigen Kommunisten sich ansammeln dürften und deutet an, daß die freundlichen Beziehungen zwischen Bayern und Oesterreich bei der Verweigerung der Auslieferung getrübt werden könnten.

Gegen Wucher und Schiebertum.

München, 21. Okt. Einige Mitglieder der bayer. Regierung sind nach Berlin abgereist, wo derzeit Beratungen über verschärfte Maßregeln gegen den Wucher, das Schieberwesen und die Beamtenbestechung stattfinden.

Um die Vorschüsse betrogen.

London, 21. Okt. „Daily Expreß" meldet aus Paris, der Oberste Rat habe die Rückerstattung der Vorschüsse Deutschlands an seine früheren Verbündeten verboten. Die Vorschüsse an die Türkei belaufen sich auf 15 Milliarden, die an Bulgarien auf 2½ Milliarden Mark. — Wie hoch erst die Forderungen an Oesterreich-Ungarn sind, davon schweigt des Sängers Höflichkeit.

Noch nicht genügend.

Paris, 21. Okt. Auch die zweite Antwortnote der deutschen Regierung auf die Drohnote Fochs wurde von den Verbündeten für ungenügend erklärt.

Einigung der Deutschnationalen in Oesterreich.

Wien, 21. Okt. Der Alldeutsche Verein für die Ostmark, der Deutschnationale Verein für Oesterreich und der Deutsche Volksbund haben auf einer Tagung der Vertrauensmänner beschlossen, die Gründung einer deutschvölkischen Reichspartei vorzubereiten, die sich auf den Boden der Republik stellen wird und die Wiederkehr der Habsburger ablehnt. Die Großdeutsche Vereinigung des Parlaments wurde aufgefordert, zur jetzigen Koalitionsregierung der Sozialdemokraten und der Christlich-Sozialen (Zentrum) in schärfste Opposition zu treten.

Karolyi im Anklagestand.

Budapest, 21. Okt. Gegen den Grafen Michael Karolyi, der nach der Revolution an die Spitze der ungarischen Regierung trat, und diese dann an die Bolschewisten überlieferte, ist von der jetzigen Regierung das Verfahren wegen Hochverrats, Veruntreuung, Diebstahls aus der Staatskasse und Anstiftung zum Mord eingeleitet worden. (Karolyi hat bekanntlich während des Kriegs mit Frankreich und England Beziehungen unterhalten. D. Schr.)

Drohender Kohlenarbeiterstreik in Amerika.

Amsterdam, 21. Okt. Die „Times" meldet aus Washington, daß die Bergwerksbesitzer mit den Arbeitern nicht verhandeln wollen, bevor diese den Streikbeschluß nicht zurücknehmen und sich an das bisherige Abkommen halten, bis ein neues Abkommen getroffen worden ist. Die Bergwerksbesitzer verlangen außerdem, daß der achtstündige Arbeitstag und die sechstägige Arbeitswoche aufrecht erhalten bleiben. Die Arbeiter verlangen statt dessen den sechsstündigen Arbeitstag und die fünftägige Arbeitswoche, dazu eine Lohnerhöhung von 60 Prozent.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 21. Okt. Der Oberste Rat hat das Ersuchen der deutschen Regierung, daß die Mitglieder der Ueberwachungskommissionen in Deutschland nicht militärische Uniformen tragen möchten, abgelehnt.

Der Oberste Rat wird dem polnischen Heer Ausrüstungsgegenstände schicken, die hauptsächlich aus französischen Vorräten entnommen werden.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 21. Okt. Laut „Berliner Lokalanzeiger" hat der englische Admiral vor Riga drei Parlamentäre zum westrussischen Heer abgesandt mit einem Brief, der adressiert war: „An den General Bermondt, Befehlshaber der deutschen Truppen." — Bermondt sandte den Brief uneröffnet zurück mit dem Bescheid, es gebe weder einen „General Bermondt" noch einen „Befehlshaber der deutschen Truppen".

Paris, 21. Okt. Nach Blättermeldungen haben die Verbündeten ein neues Friedensangebot der Bolschewisten abgelehnt. Sie verlangen die Auslieferung der verbrecherischen Machthaber in Moskau an einen Gerichtshof der Entente.

Aufteilung Luxemburgs.

Amsterdam, 21. Okt. Der „Telegraaf" meldet, auf Grund der Verhandlungen zwischen Frankreich und Belgien werde ersteres wohl die Verwaltung der luxemburgischen Eisenbahn übernehmen, während das Land trotz der Volksabstimmung, die sich für Frankreich entschieden hatte, wirtschaftlich Belgien angegliedert werde.

Derzeit sollen Verhandlungen wegen des Abschlusses eines holländisch-belgischen Bündnisses schweben.

Lohnbewegung.

London, 21. Okt. Die englischen Bauarbeiter fordern einen Stundenlohn von 2 Schilling.

Der Parteitag der dem. Partei in Bayern.

Nürnberg, 21. Okt. Der Parteitag der demokratischen Partei in Bayern forderte in einer Entschließung den Zusammenschluß jeder Industrie zu einem Selbstverwaltungskörper, in dem auch die Angestellten und Arbeiter vertreten sein sollen. Die Akkordarbeit sei wieder einzuführen und jeder Deutsche soll arbeitspflichtig sein. Aus dem Betriebsrätegesetz soll die Bestimmung, daß die Geschäftsbilanz bei Privatunternehmungen dem Betriebsrat vorgelegt werden muß, gestrichen werden, ebenso dessen Eintritt in den Aufsichtsrat der Gesellschaften und der Einspruch bei Einstellungen. Sehr scharf sprachen sich verschiedene Teilnehmer gegen das Auftreten der Friedensgesellschaft und des Prof. Quidde aus und es wurde Widerspruch dagegen erhoben, daß die pazifistische Bewegung der dem. Partei angehängt werde. Elemente, die allen deutschfeindlichen Bestrebungen Vorschub leisten (Gerlach, Quidde, Förster usw.), seien aus der Partei zu entfernen. Der Parteitag beschloß, einen Ausschuß einzusetzen, der die gegen Quidde erhobenen Beschuldigungen untersuchen soll.

Vermischtes.

Das Befinden des Abg. Gröber ist andauernd befriedigend, er muß sich aber noch einige Tage Schonung auferlegen.

Der Abg. Haase mußte sich am Montag einer Operation unterziehen; der Zustand hat sich verschlimmert. Blutvergiftung ist festgestellt.

Glücklicher Fischzug. Am Samstag fingen einige Fischer der Badischen Bodensee-Fischereigenossenschaft Staaden-Konstanz im Mainau-Fischwassergebiet mit der „Segie" (großes Buggarn) etwa 400 Zentner Brachsmen (Bleie), fast lauter Fische im Gewicht von 2 bis 11 Pfund. Die Bergung des Fangs verursachte viele Mühe.

Kartoffelreichtum. Ein Landwirt in Legau, b. Memmingen, hat auf seinem Kartoffelfeld einen Kartoffelstock herausgezogen, an dem nicht weniger als 67 Stück Kartoffeln hingen.

Tuberkulose und Wohnungsnot. Auf den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Wohnungsnot und der Ausbreitung der Tuberkulose wirft ein greelles Licht der Geschäftsbericht 1916 der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, aus dem wir folgendes entnehmen: Im Kreise Lennep hatten von 210 Personen, die an Tuberkulose litten, 191 keinen eigenen Schlafraum, 150 kein eigenes Bett; in Köln-Land hatten von 422 Erkrankten 339 keinen eigenen Schlafraum und 221 kein eigenes Bett; im Landkreis Bonn hatten von 253 162 keinen eigenen Schlafraum und 83 kein eigenes Bett.

Ein Flugzeug der deutschen Flugreederei ist am 5. Oktober in Stockholm gelandet und führt von dort aus Rundflüge mit Reisenden aus. Damit ist der Anfang zum Luftverkehr zwischen Deutschland und Schweden auch mit Flugzeug gemacht.

Ordensablehnung. Der frühere Gesandte Preußens beim päpstlichen Stuhl hat das ihm bei seiner Verabschiedung vom Papst verliehene Großkreuz des Gregorius-Ordens zurückgesandt mit der Begründung, daß die neue Verfassung des Reichs die Annahme von Orden verbiete.

Die ersten 20 Milliarden gedeckt? Die „Köln. Ztg." erfährt, die 20 Milliarden, die Deutschland nach dem Friedensvertrag als erste Rate auf die Wiedergutmachung zu zahlen hat, seien in Form von Warenlieferungen bereits zum größten Teil gedeckt.

Waffenverschiebung. In Neu-Kölln bei Berlin entdeckte die Kriminalpolizei ein Kommando, wonach Waffen im Wert von 62 000 Mark an einen Vertrauensmann des Internationalen Bunds der Kriegsbeschädigten verschoben werden sollten.

Deutsch-französischer Handel. In voriger Woche rasen in Frankfurt a. M. wieder ganze Züge von Lastkraftwagen mit Kleider- und anderen Stoffen aus Paris ein. — Deutsche Handlungsreisende dürfen sich wieder in Frankreich aufhalten. Sie haben sich aber in jedem Ort sofort bei der Polizei zu melden und auf der Eisenbahn, bei der Post und bei jeder Kontrolle ihre Erkennungskarte vorzuzeigen. Der Aufenthalt darf nur der Abwicklung der Geschäfte dienen und ist möglichst kurz bemessen.

Es wird immer besser. Das Pariser Blatt „Liberte" (Freiheit) schreibt, Frankreich habe das Recht, die deutschen Kriegsgefangenen als Pfand für die pünktliche Erfüllung des Friedensvertrags zurückzubehalten. — Die „Liberte" steht der franz. Regierung nahe.

Die englische Abrüstung. Die Engländer sollen bis jetzt 3 400 000 Mann demobilisiert haben. Vom 1. April 1920 ab wird in Großbritannien wieder das alte Freiwilligensystem eingesetzt. — Frankreich gibt dagegen für sein Heer jährlich 2 Milliarden aus.

Die abgebrochene Hauptprobe. Am Samstag sollte im Landestheater in Dresden die Hauptprobe für die neue Oper von R. Strauß „Die Frau ohne Schatten" stattfinden, für die schon seit einiger Zeit geschickte Reklame gemacht worden war. Zahlreiche Gäste Vertreter aller größeren Zeitungen Deutschlands hatten sich zur Hauptprobe eingefunden. Nach dem zweiten Akt wurde die Probe von Strauß selbst plötzlich abgebrochen, ohne daß eine Erklärung abgegeben wurde. Angeblich sollen Ausstattungsstücke auf dem Weg von Berlin nach Dresden gestohlen worden sein, doch war auch nach den Mitteilungen der Kritiker die Aufführung weder technisch noch musikalisch reif.

Baden.

(-) **Karlsruhe,** 21. Okt. In einer von 4—5000 Beamten und Staatsarbeitern besuchten Versammlung gegen den Wucher und das Schiebertum erklärte Minister Remmele, leider werde in allen Schichten dem Unwesen Vorschub geleistet. Ein Heer von Beamten sei zur Kontrolle aufgeboten, aber wenn nicht alle mithelfen, werde die Arbeit erfolglos sein. Die angestrebte Ueberwachung des Personenverkehrs sei in Berlin nicht zugestanden worden. Finanzminister Dr. Wirth ermahnte zu ruhiger Behandlung der Frage der Teuerungszulage. Auch durch Beamten- und Arbeiterstreik können die 80 Millionen nicht beschafft werden. Die Versammlung unterbrach den Redner durch stürmische und vielfach judenfeindliche Zurufe. Es wurde eine Entschließung angenommen, die die Beschaffungszulage und härteste Strafen für die Wucherer und Schieber verlangt.

(-) **Karlsruhe,** 21. Okt. Es ist in letzter Zeit aufgefallen, daß täglich des nachts Leute über die Mauern der Grenadierkaserne klettern, und da der Verdacht nahe lag, daß diese Leute es auf Munitionsdiebstähle abgesehen haben, legte ein Offizier sich mehrere Nächte auf die Lauer. In der Nacht vom 15. auf den 16. ds. Mts. gelang es diesem denn auch, drei Männer zu stellen, von denen jeder eine Kiste mit gestohlener Munition trug. Da die Männer bewaffnet waren und auf den Offizier schossen, entwickelte sich zwischen ihnen und dem Offizier ein längerer Kampf, bei dem die Diebe ungefähr 60 Schuß abgaben. Der Offizier wurde, wie dem „Volksfreund" berichtet wird, zweimal getroffen und erlitt Verletzungen an der Schulter und am Bein. Herbeieilte Mannschaften konnten die Diebe leider nicht festnehmen und trugen den verletzten Offizier in die Kaserne, während die Diebe mit ihrer Beute im Dunkel des nahen Walds entkommen konnten.

(-) **Karlsruhe,** 20. Okt. Die Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen weist in ihrem Nachrichtenblatt darauf hin, daß die Unregelmäßigkeiten im Güterverkehr einen ganz erschreckenden Umfang angenommen haben. Täglich gehen wertvolle Güter verloren. Die Ursache dieser Unregelmäßigkeiten sieht die Generaldirektion teils in mangelnder Aufsicht, teils in ungenügender Beachtung der Vorschriften für den Ermittelungs-, Verlade- und Verschubdienst, teils in unpfleglicher Behandlung der Güter. Die Folge sind zahllose Ersatzansprüche der Geschädigten, die einen kaum mehr zu bewältigenden Aufwand von Schreibarbeit und Geldmitteln verursachen. Während die Höhe der im Bereich der badischen Staatsbahnen verfügten Entschädigungszahlungen im Jahr 1914 noch 130 000 Mark betrug, erreichte sie im Jahr 1918 die Summe von über 2 Millionen (2 163 000 Mark) und in den ersten sieben Monaten dieses Jahres sogar schon 1 675 000 Mark. Die Generaldirektion spricht im Zusammenhang mit diesen Tatsachen die Erwartung aus, daß, nachdem nunmehr der alte Stamm der Eisenbahner wieder fast vollzählig dem Beruf zurückgegeben ist, jeder Einzelne eine ernste Pflicht darin sieht, den alten guten Ruf der badischen Eisenbahn wieder herzustellen.

(-) **Mannheim,** 21. Okt. Die Arbeiter der Großmühlen haben die vom Schlichtungsausschuß vorgeschlagene Erhöhung der täglichen Teuerungszulage von 3.20 Mark auf 7.20 Mark und für weibliche und jugendliche Arbeiter auf 5.28 Mark abgelehnt. Der Streik dauert fort.

Am 8. Oktober wurden in Mannheim 236 309 Einwohner gezählt, darunter 2409 Militärpersonen im Durchgangslager. Seit 1910 hat sich die Einwohnerzahl um 29 324 (14,2 Proz.) vermehrt.

(-) **Offenburg,** 21. Okt. In einer Gerichtsverhandlung hatte der Verteidiger behauptet, der Direktor der Kriegstabakhandelsgesellschaft in Baden beziehe ein Gehalt von 800 000 Mark. Die deutsche Tabakhandelsgesellschaft erklärt nun diese Behauptung für unrichtig.

(-) **Möhringen** A. Engen, 21. Okt. Die Gendarmerie beschlagnahmte auf Fuhrwerken aus Eigeltingen, Orsingen und Reute nach regelrechtem Kampf mit den Besitzern etwa 1000 Zentner Obst, das nach Tuttlingen gebracht werden sollte. Einen Teil des Obstes erhielt die Gemeinde Möhringen.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck befindet sich auch heute noch in günstiger Lage. Unter seinem fortdauernden Einfluß ist am Donnerstag und Freitag nach kühler Nacht und Morgennebel meist heiteres und milderes Wetter zu erwarten.

Badischer Landtag.

(-) **Karlsruhe,** 21. Okt.

Die erste Sitzung des Landtags wurde heute vormittag von Präs. Kopf eröffnet. Nach einer Vereinbarung unter den Parteien wurde die Präsidentenwahl durch Zuruf vorgenommen und zwar wird das Präsidium, die Abgeordneten Kopf (Z.) zum Präsidenten, Abg. Maier-Heidelberg (S.) zum Ersten und Abg. Muser (D.d.P.) zum Zweiten Vizepräsidenten wiedergewählt. Sodann wurden die verschiedenen Kommissionen neu gebildet. Der Minister des Innern, Remmele, legte einen Gesetzentwurf über die Aenderung des Landwirtschaftskammergesetzes vor. Darnach beschloß das Haus, sofort in die Besprechung der vom Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie eingebrachten Interpellationen über die Obstversorgung einzutreten. Minister Remmele führte aus, die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Obst habe genau, wie beim Leder, zu großen Mißständen geführt, da sofort eine starke Preissteigerung eintrat. Deshalb sei die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für den Obstgroßhandel notwendig gewesen. Was die Mostobstversorgung anbelange, so sei die Regierung auch nicht im entferntesten imstande, allen Wünschen zu entsprechen, sie werde aber den Bestellern von Mostobst geringere Mengen zugehen lassen, um wenigstens einigermaßen die Wünsche befriedigen zu können. Der Minister stellte dann fest, daß seit dem 28. September kein Obst mehr aus Baden hinausgekommen sei, wenn jetzt noch etwas aus Baden hinausgeführt werde, so handle es sich um schwei-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

zerisches Obst. Der aus Baden belieferte Obsthändler in Berlin habe nachweislich nur Mark 4000.— aus dem badischen Obstgeschäft verdient. Die Besprechung der Interpellation wird auf eine der nächsten Sitzungen zurückgestellt. Finanzminister Dr. Wirth teilte dem Hause noch mit, daß die Zufuhr der Kohlen aus Norddeutschland so gering sei, daß die badischen Eisenbahnen weitere Einschränkungen vornehmen müssen. — Nächste Sitzung Mittwoch, 29. Oktober. Tagesordnung: Beschaffungszulage für die Beamten und Staatsarbeiter.

Württemberg.

(-) **Stuttgart,** 21. Okt. (Aus dem Parteileben.) Der Parteitag der württ. Zentrumspartei ist infolge der Einstellung des Sonntagseisenbahnverkehrs auf den 25. und 26. Oktober verlegt worden.

(-) **Stuttgart,** 21. Okt. (Herabsetzung der Fleischpreise.) Zum Ausgleich gegen die Verteuerung der Häute wurden in Stuttgart auf Grund des den Gemeinden zugewiesenen Drittels des Mehrerlöses aus den Häuten unter Gewährung eines angemessenen Rohgewinns an die Metzger die Fleisch- und Wurstpreise herabgesetzt. Der Grundpreis für Ochsen- und Rindfleisch beträgt 2.60 Mk., Kalbfleisch, Schlegel und Bug 2.40 Mk., alles andere 2.20, Schaffleisch 2.60 Mk.

(-) **Stuttgart,** 21. Okt. (Neue kommunistische Zeitung.) Seit Mitte dieses Monats erscheint ein neues Kommunistenblatt in Württemberg. Es nennt sich „Proletarier", Organ der kommunistischen Partei des Bezirks Württemberg. Es wird dreimal wöchentlich als Kopfblatt des Mannheimer kommunistischen Organs ausgegeben.

(-) **Stuttgart,** 21. Okt. (Mietvertrag.) Der hiesige Mieterverein und der Hausbesitzerverein haben sich auf ein gemeinsames Mietvertragsformular geeinigt.

(-) **Löwenstein,** 21. Okt. (Gegen den Weinhöchstpreis.) Die hiesigen Weingärtner haben beim Ernährungsministerium gegen den festgesetzten Weinhöchstpreis Widerspruch erhoben.

(-) **Tübingen,** 21. Okt. (Mord.) Zahlreiche Blutspuren und andere Gründe führten zur Verhaftung von zwei Einwohnern von Bodelshausen, die in dringendem Verdacht stehen, den Landjäger Jäger überfallen und ermordet zu haben.

(-) **Stuttgart,** 21. Okt. (Diebstahl.) Im Schloß [illegible] ist während der Nacht ein großer Wäschediebstahl begangen worden. Der Wert wird auf 3000 Mark geschätzt.

(-) **Tuttlingen,** 21. Okt. (Raubmord?) Im Wald in der Nähe der Stadt wurde die Leiche des 46 Jahre alten Metzgers und Händlers Kitterle von Schorndorf aufgefunden. Die Leiche hatte mehrere Stich- und Schlagwunden aufzuweisen. Es liegt aller Wahrscheinlichkeit nach Raubmord vor.

(-) **Heidenheim,** 21. Okt. (Kohlenvakanz.) Von den 7 Schulhäusern der Gesamtgemeinde werden wegen Kohlenmangel 4 ganz geschlossen. Der Unterricht wird in Kurzstunden geteilt und für jede Klasse wird Halbtagsunterricht eingeteilt.

(-) **Hohenzollern,** 21. Okt. (Verschüttet.) In Hausen i. K. wurden Michael Fischer und sein Sohn in einer Sandgrube verschüttet. Der Sohn konnte gerettet werden, der Vater wurde getötet.

Erklärung des Vereins ev. Lehrer.

Der Verein ev. Lehrer in Württemberg faßte bei seiner Jahresversammlung am 6. Oktober eine Entschließung mit folgendem Hauptinhalt: Dem ev. Volk droht der Verlust seiner konfessionellen Schule. Darin erblickt der Verein ev. Lehrer eine unverantwortliche Schädigung der Jugenderziehung, insofern in der konfessionslosen Schule das wichtige Erziehungsmittel, der Religionsunterricht, nicht zu seinem vollen Recht kommt. Unsere Forderungen sind daher: 1. Staatlich zu unterhaltende ev. Konfessionsschule überall da, wo eine große Anzahl ev. Eltern als Erziehungsberechtigte geschlossen vorhanden ist (Art. 143 Abs. 2 der Reichsverfassung); 2. in anderen Orten ein schrift- und bekenntnismäßiger Religionsunterricht für die Minderheit; 3. Eine entsprechende Anzahl Lehrerseminare auf bekenntnismäßiger Grundlage; 4. Neben der staatlichen Beaufsichtigung des Religionsunterrichts sollen auch Vertreter der vom Volk gewählten Landeskirchenversammlung in geeigneter Weise an den Prüfungen des Religionsunterrichts beigezogen werden.

Karlsruhe, 21. Okt. Der badische Landtag ist heute vormittag zu einer neuen Tagung zusammengetreten. Zum Präsidenten wurde der Abgeordnete Mai-Heidelberg (S.) und Muser (D.d.P.) gewählt.

(-) **Möhringen** A. Engen, 21. Okt. Die Gendarmerie beschlagnahmte auf Fuhrwerken aus Eigeltingen, Orsingen und Reute nach regelrechtem Kampf mit den Bezern etwa 1000 Zentner Obst, das nach Tuttlingen gebracht werden sollte. Einen Teil des Obstes erhielt die Gemeinde Möhringen.

Gegen Schieber und Schleichhändler!

Der Kampf gegen das Schieber- und Schleichhändlertum ist jetzt auf der ganzen Linie entbrannt. In den Zeitungen mehren sich die Meldungen über die Beschlagnahme von schwarzgeschlachtetem Fleisch von verschobenem Vieh, Getreide, Tabak und ähnl. An einzelnen Plätzen ist man schon auf weitverzweigte Netze von Schieberunternehmungen gestoßen. Erst bei der Zusammenstellung dieser Notizen aus den verschiedenen Bezirken erhält man einen Ueberblick über die Ausdehnung, die das gemeingefährliche Treiben der Schieber im ganzen Land gefunden hat.

Die verschobenen Lebensmittel wandern zum größten Teil in die Wirtschaften und Gasthöfe der Städte, wo sie aber nur einem verschwindend kleinen Teil der hungernden Bevölkerung zu Gute kommen, meist wieder jenem Teil, der durch Schiebergeschäfte so viel Geld verdient hat, daß er sich die teuren Fleischgerichte außerhalb des Hauses leisten kann. Der Landwirt, der die Stadt besucht und im Gasthof speist, erhält dann, wenn er ein hinten herum gut versorgtes Wirtshaus besucht, ein ganz falsches Bild von der wahren Ernährungslage der Städte. „In den Städten gibt es ja alles zu kaufen", so hört man immer und immer wieder auf dem Lande sagen. Ja wohl, in den Gasthäusern zu Preisen, die der normale Bürger für sich und seine Familie nicht erschwingen kann. In den Haushaltungen sieht es aber umso trauriger aus. Da gibt es Sonntags ein winzig Stückchen Fleisch für die ganze Familie. Eier sind zur Sage geworden. Milch erhalten Erwachsene kaum mehr, selbst Kinder bekommen vom 6. Jahr ab nur noch ein ¼ Liter, und auch diese geringe Menge ist in Frage gestellt, wenn die Milchbelieferung derart weiter sinkt, wie in den letzten Monaten.

So erfreuliche Ergebnisse das feste Zugreifen der Regierung gegen Schieber und Schleichhändler auch bereits gezeitigt hat, so ist es doch bis jetzt nicht möglich gewesen, das ganze lichtscheue Gewerbe an der Wurzel zu treffen. Die Mittel und Hilfskräfte der Regierung reichen bei weitem nicht aus, um diese Gesellschaft, die alle Kniffe und Schleichwege kennt, in ihrer Mehrheit unschädlich zu machen. Hier muß jeder Bürger in Stadt und Land mit eingreifen und jeden Fall, der ihm bekannt wird, rücksichtslos zur Anzeige zu bringen. Es muß ein wahres Volksgericht hereinbrechen über diese Schädlinge, die das Lebensmark unseres Landes aussaugen.

Gleichzeitig aber soll sich auch jeder bemühen, bei der ländlichen und städtischen Bevölkerung aufklärend zu wirken, indem er immer wieder auf die furchtbare Gefahr hinweist, die unserm Volksganzen droht, wenn die Ernährung der Städte infolge mangelnder Zufuhr vom Lande zusammenbricht. Eine solche Katastrophe bliebe nicht auf die Städte beschränkt. Sie würde unser ganzes engeres und weiteres Vaterland mit in ihren Strudel reißen. Der Bauer wäre davon ebenso schwer betroffen, wie der Städter. Denn Besitz und Erwerb haben nur dann Wert und Bestand, wenn das Staatsganze erhalten bleibt. Die Städter aber soll man immer wieder ermahnen, auch ihr Teil beizutragen zur Wiedergesundung unserer Lebensmittelversorgung. Auch von den Städtern wird viel gesündigt. Es wird immer heftiger gegen die Regierung losgezogen, daß sie nicht energischer gegen die Schieber und Wucherer vorgehe; aber dabei macht sich die Mehrheit der Städter kein Gewissen daraus als Hamsterer durch Anbieten unsinniger Preise den Wuchergeist immer wieder in die ländliche Bevölkerung hin einzutragen. Hier müßte stärkere Selbstzucht zum Wohl der Allgemeinheit geübt werden.

Daß es durch gütiges Ermahnen und durch Aufklärung gelingen könnte, die Gesellschaft der gewerbsmäßigen Schieber und Schleichhändler zur moralischen Einkehr zu bringen und auf den rechten Weg zurück zuführen, das halten wir allerdings für ausgeschlossen. Hier hilft nur eines: Rücksichtsloser Kampf und rücksichtslose Bestrafung! In der Verurteilung dieses Krebsschadens am deutschen Volkskörper sind sich alle anständig denkenden Kreise in Stadt und Land einig. Die Regierung ist entschlossen, den Kampf mit diesem Verbrechertum, denn um nichts anderes handelt es sich, mit aller Entschiedenheit aufzunehmen. Zugleich aber geht der Ruf an die ganze Bevölkerung, sich in diesem Kampf geschlossen hinter die Regierung und ihre Organe zu stellen, damit endlich einmal unsere Lebensmittelversorgung der so dringend notwendigen Gesundung zugeführt wird.

Hunger nach deutschen Waren.

Der Deutsche Wirtschaftsverband für Süd- und Mittelamerika erhält aus Havanna von seinem nach Mexiko reisenden Vertrauensmanne die folgende Schilderung:

Amtlich ist es zwar noch nicht gestattet, daß die Deutschen von den Schiffen ans Land gehen, auch nicht für wenige Stunden zum Besuch — weil noch der Verdacht der „Spionage" besteht, wie die Zeitungen sagen —, aber die tiefgehende deutschfreundliche Gesinnung aller Kubaner, also auch der Zoll-, Hafen- und Polizeibeamten, ist ein ernstliches Hindernis zur genauen Durchführung der papierenen Gesetze. Da ich die Stadt von der Zeit vor dem Krieg her kannte, war es mir interessant, die Veränderungen wahrzunehmen, die Havanna in den letzten fünf Jahren durchgemacht hat. War die Perle der Antillen schon früher eine reiche Stadt, so kann man jetzt sagen, die ist unanständig reich, wenigstens mit Berliner Hungeraugen betrachtet. Der Krieg hat Havanna, wie es scheint, nur Gutes gebracht. Wo man hinsieht, hat man den Eindruck: Geld, Geld! Man weiß kaum noch, was man mit dem vielen Geld machen soll. In den engen Straßen reiht sich Auto an Auto, es sollen über 15000 in Havanna sein, alles amerikanische. Nur vor Lastwagen sieht man hie und da noch Maultiere. Draußen vor der Stadt wurde mir erst klar, wieviel Geld in Havanna steckt. Wo früher Negerbuden und Schutthalden den Besucher zurücktrieben, sind heute ganz neue Villenviertel entstanden oder im Entstehen begriffen. Ueber Berg und Tal werden neue Straßen durch Unkraut, Palmenhaine oder Felsenpartien gebrochen und großstädtisch mit Asphalt, Blumenbeeten und Bogenlampen ausgestattet.

An Bord hatte ich einige Ladenbesitzer kennen gelernt, die in ihren Läden aufzusuchen ich als Hauptzweck meines Ausflugs an Land betrachtete. Die Aufnahme, die ich fand, war mehr als liebenswürdig, ich möchte fast sagen, begeistert. Man läuft keine Gefahr, mit einem Ententefreund zusammenzustoßen. Alle warten auf deutsche Waren. Wenn ich nur Kataloge bei mir gehabt hätte, ich hätte in den zwei Tagen für über eine Million Mark verkaufen können. Und die Zahlungsbedingungen? Man lachte mich aus: Geld spielt keine Rolle, Geld soviel Sie wollen, „beim Empfang der Ware!" Nur soll schnell geliefert werden, und vor allem geht der Wunsch nach deutschen Sortiments. Was uns die Engländer, Amerikaner und nicht zuletzt die Japaner nachgemacht haben, ist nicht zu beschreiben. Ich hätte gerne einen deutschen Arbeiter bei mir gehabt, um ihn meinen Schrecken mit durchkosten zu lassen. Erfreut greift man nach Spielsachen — Eisenbahn, Puppenstube, Spezereiladen, Puppen, Pistolen oder Zelluloidfischchen — immer wieder erklingt hinter einem die niederschmetternde Erklärung des Ladenbesitzers: „Das ist amerikanische, das japanische Ware!" Auch japanische Firmen mit deutschen Namen liefern Spielsachen. Vasen und Nippsachen rein deutschen Genres kommen aus Japan, Korbwaren, Fahrräder und Kinderautomobile aus den Staaten. Und Aspirintabletten mit dem Kreuz „Bayer" sind die einzig echten (aus Amerika nämlich). Billige Taschenmesser mit Blechschalen in grüner Originalschachtelpackung aus Solingen sind täuschend nachgeahmte japanische Ware.

Die deutsche Industrie wird schwer kämpfen müssen, wenn sie dieser Raub- und Schmutzkonkurrenz Herr werden will. Man sollte einmal deutsche Arbeiter herkommen lassen. Ob sie etwas von den genannten Waren verstehen oder von elektrischen Beleuchtungskörpern, Werkzeugen, Obersteiner oder Pforzheimer Schmucksachen, Ledertaschen, Bürsten oder Thermosflaschen — jeder in seinem Fach wird finden, daß nur rastlose Arbeit und eine Menge hineingearbeitete Intelligenz dazu nötig sein wird, wenn Deutschland den früheren Platz zurückerobern will. Nur eine schwache Stelle ist geblieben, ein Loch hat die Erdrosselungspolitik des feindlichen Handels nicht zustopfen können, und hier müssen wir wieder hineinzukommen versuchen. Das ist die deutsche „Kollektion"! Die Massenhaftigkeit der Muster und Preislagen hat man uns nicht nachzumachen vermocht, und danach sehnt sich der Ladenbesitzer. Das Publikum wird müde, immer „Standards", die gleiche Ware, kaufen zu sollen. Der Verkäufer dagegen verzweifelt, daß er keine „Auswahl" mehr ausbreiten kann.

Die Preise sind naturgemäß schwer zu vergleichen. Wenn aber ein kleines Taschenmesser von Rodgers Sons, Sheffield, zwei Klingen, gute Perlmutterschale, S-Erl, etwa 80 Millimeter lang, die Kleinigkeit von 3 Dollar Gold kostet, so kann man sich ein Bild davon machen, daß wohl noch Aussicht besteht, wieder ins Geschäft zu kommen. Allerdings scheint es mit anderen Artikeln nicht ebenso günstig zu stehen. Etwas erscheint mir noch erwähnenswert. Der deutsche Reisende, der herauskommt, muß Kriegsteilnehmer sein. Er muß von Gefechten, Märschen und Entbehrungen erzählen können und muß möglichst in Flandern, Rußland und der Türkei gewesen sein. Der kubanische Geschäftsmann wird nicht müde, zu fragen, wie es gewesen sei, und bei jeder Schilderung, wie Engländer oder Amerikaner verhauen worden sind, glänzen ihre Augen. Die Bewunderung deutscher Tapferkeit und deutscher Organisation ist unbegrenzt, und ständig wiederholen sich die Fragen: „Haben Sie unter Hindenburg oder Mackensen gefochten? Waren Sie bei den Masurischen Seen oder bei Gorlice?" Nur die Franzosen erwecken Mitleid, man weiß, was sie gelitten haben. Der Spanier haßt den Engländer, der Kubaner den Amerikaner.

Lokales.

Von der Post. Wert- und Einschreibpakete, ausgenommen solche mit Geld, Juwelen und Wertpapieren nach Berlin-Ort (ohne Vororte) werden von Privatpersonen in der Zeit vom 20. bis 25. Oktober nicht angenommen.

— **Alarmbereitschaft.** Wie die „Konstanzer Nachr." melden, steht das Jägerbataillon in Konstanz auf Befehl der bad.-württ. Reichswehrbrigade 13 seit Samstag in Alarmbereitschaft, weil in Baden angeblich Unruhen befürchtet werden.

— **Erhöhte Weinhöchstpreise.** Das bad. Ministerium des Innern hat das Landespreisamt nach Anhörung von Sachverständigen ermächtigt, für Weine von hervorragender Lage und Beschaffenheit einen Zuschlag zu den Höchstpreisen zu gewähren. Ferner weist das badische Landespreisamt in einer Veröffentlichung darauf hin, daß die Höchstpreise unbedingt eingehalten werden müssen. Auch die Bezahlung von Trinkgeldern oder sonstige Geschenke werden als Höchstpreisüberschreitungen angesehen.

— **Neue Kartoffelhöchstpreise.** Das bad. Ministerium des Innern macht bekannt, daß der Preis für 1 Zentner Kartoffeln in den Fällen, in denen der Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher liefert, ab Acker oder Keller 8,75 Mk., frei Verladestelle des Versandortes einschließlich der Kosten des Einladens daselbst höchstens 9 Mk. und bei Lieferung vor das Haus des Verbrauchers höchstens 10 Mk. beträgt.

— **Als erste Referendarin** in Baden ist Frln. Dr. Marie Weingart, Tochter des Rechtsanwalts W. in Mannheim, bei der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Mannheim tätig.

— **Die Kreditgenossenschaftsverbände** von Baden, Hessen und der Pfalz protestieren aufs neue gegen den Aufkauf und die Aufsaugung der Kreditgenossenschaften durch gewisse Großbanken. Landwirtschaft und Handwerk werde dadurch aufs schwerste geschädigt.

— **Zündwaren,** die am 1. Oktober außerhalb eines angemeldeten Fabrikbetriebs sich befinden, sind zur Nachbesteuerung anzumelden.

— **Das Erdöl,** das im Oktober zur Verteilung kommt, muß nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums wegen des Sinkens der Valuta teurer verkauft werden, als angenommen war. Das Liter stellt sich ab Lager oder im Ladenverkauf auf 1.80 Mark. Ein höherer Preis darf nicht genommen werden. Ende Oktober werden größere Oelsendungen aus Amerika eintreffen.

— **Alarmbereitschaft.** Wie die „Konstanzer Nachr." melden, steht das Jägerbataillon in Konstanz auf Befehl der bad.-württ. Reichswehrbrigade 13 seit Samstag in Alarmbereitschaft, weil in Baden angeblich Unruhen befürchtet werden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

— **Zundwaren**, die am 1. Oktober außerhalb eines angemeldeten Fabrikbetriebs sich befinden, sind zur Nachbesteuerung anzumelden.

— **Das Erdöl**, das im Oktober zur Verteilung kommt, muß nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums wegen des Sinkens der Valuta teurer verkauft werden, als angenommen war. Das Liter stellt sich ab Lager oder im Ladenverkauf auf 1.80 Mark. Ein höherer Preis darf nicht genommen werden. Ende Oktober werden größere Oelsendungen aus Amerika eintreffen.

— **Die Kreditgenossenschaftsverbände** von Baden, Hessen und der Pfalz protestieren aufs neue gegen den Aufkauf und die Aufsaugung der Kreditgenossenschaften durch gewisse Großbanken. Landwirtschaft und Handwerk werde dadurch aufs schwerste geschädigt.

— **Von den Jugendämtern.** Um den Jugendamtsbezirken bei der Auswahl der nötigen Kräfte für die zum 1. April 1920 einzurichtenden Jugendämter an die Hand gehen zu können, wird das Landesjugendamt Bewerbungen aller für diese Arbeit in Betracht kommenden Personen (Geschäftsführer, Geschäftsführerinnen, Berufsvormünder, Bezirksfürsorgerinnen) sammeln. Es ergeht daher an die in der Jugendfürsorge erfahrenen Kräfte, die bereit sind, bei den Jugendämtern mitzuarbeiten, die Aufforderung, sich zunächst schriftlich beim Landesjugendamt, Stuttgart, Ministerium des Innern, Dorotheenstr. 1, zu melden. Persönliche Vorstellung nur nach besonderer Aufforderung.

— **Zum Verkehr mit Wein.** Es wird uns geschrieben: Es ist darüber geklagt worden, daß in manchen Weinbaugemeinden der neue Wein von den Erzeugern den Kaufliebhabern, welche bei ihrem Preisangebot den Höchstpreis einhalten wollen, vorenthalten und an andere Kauflustige verkauft werde, die neben dem Höchstpreis noch eine Dreingabe („Trinkgeld" oder „Fuhrlohn") bezahlen. Die Oberämter der weinbautreibenden Bezirke sind angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß die Erzeuger und die Weinkäufer darauf hingewiesen werden, daß das Anbieten, Bezahlen und Annehmen einer solchen Dreingabe als „Höchstpreisüberschreitung" und in den Fällen, in denen der Erzeuger zur Entrichtung der Weinsteuer verpflichtet ist, regelmäßig auch als Weinsteuerhinterziehung mit schweren Strafen bedroht ist.

Die Abschieds-Feier

für Herrn Stadtpfarrer Rösler

findet am Freitag, den 24. Oktober ds. Js., abends 8 Uhr im Gasthaus zum Ochsen statt, wozu ich Jedermann freundlichst einlade.

Wildbad, den 21. Oktober 1919.

Stadtschultheiss: Bätzner.

Die Bekämpfung der Ruhr.

Das vermehrte Auftreten von Ruhr und ruhrähnlichen Erkrankungen in den Nachbarbezirken und im Oberamtsbezirk, gibt Veranlassung, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die nicht unerheblichen Gefahren zu lenken, die aus dieser ansteckenden Krankheit drohen.

Zur Aufklärung weisen wir auf folgendes hin:

1. **Wesen der Krankheit.** Die übertragbare Ruhr (Dysenterie), auch rote Ruhr genannt, entsteht durch **Ansteckung**; sie wird durch bestimmte Krankheitskeime (Ruhrbazillen, Ruhramöben) hervorgerufen. Die Ruhr tritt in unseren Gegenden meist im Spätsommer oder Herbst auf und kann seuchenartige Ausbreitung erlangen.

2. **Verlauf der Krankheit.** Die Krankheitserscheinungen der Ruhr bestehen hauptsächlich in Leibschmerzen, heftigem und schmerzhaftem Drang zur Stuhlentleerung, sowie häufigen wässerigen, mit schleimigen Flocken und Blut gemischten Ausleerungen, nach deren Abgang der Stuhldrang nicht aufhört.

Fieber ist oft vorhanden und von unregelmäßigem Verlauf, in der Regel aber nicht hoch.

3. **Behandlung der Krankheit.** Man versäume ja nicht rechtzeitig den **Rat eines Arztes** einzuholen. Einer sorgsamen Pflege nach näherer Anweisung des Arztes verdanken selbst Schwerkranke oft ihre Genesung.

4. **Uebertragung der Krankheit.** Die Ansteckungskeime werden mit den Darmentleerungen ausgeschieden.

Zur Uebertragung der Krankheit genügen selbst Spuren der Ausscheidungen. Gelangen diese auf die Leib- und Bettwäsche, die Kleider, den Fußboden, auf Eß- und Trinkgeschirre, in Milch, auf Gemüse, Obst, Salat oder dergleichen, so können sie leicht von anderen Personen aufgenommen werden. Gelegentlich können Fliegen die Zwischenträger bilden.

5. **Absonderung des Kranken.** Die Pflege eines Ruhrkranken ist zu Hause wegen der damit verbundenen Ansteckungsgefahr meist nur mit Schwierigkeiten durchführbar; schon aus diesem Grunde ist es ratsam, ihn in ein Krankenhaus überzuführen. Dies ist namentlich da zu empfehlen, wo die Wohnung zu eng oder eine Uebertragung auf weitere Kreise zu befürchten ist, wie in Gasthäusern, Wirtshäusern, Bäckereien, Erziehungs-, Pflege-, Gefangenen- und ähnlichen Anstalten, Schulgebäuden, Milch-, Gemüse- und Lebensmittelhandlungen.

Ist jedoch die Ueberführung des Kranken in ein Krankenhaus ausnahmsweise nicht zu ermöglichen, so ist er in einem von der übrigen Wohnung möglichst getrennt liegenden Zimmer unterzubringen; jeder unnötige Verkehr ist von dem Kranken fernzuhalten. Es besuche niemand, den nicht seine Pflicht dahin führt, einen Ruhrkranken. Namentlich sollen Kinder niemals zu Ruhrkranken zugelassen werden.

Darnach ist die Hauptsache die rechtzeitige Erkennung der Krankheit und Isolierung des Kranken, weshalb rechtzeitig der Arzt zuzuziehen ist. Mit der Vernichtung der Krankheitskeime in den Stühlen ist ein Hauptakt der Bekämpfung geleistet; hierzu genügt die Beimischung von Kalkmilch im Verhältnis 1 : 3, die auf ärztliche Anweisung bei den (Stadt-)Schultheißenämtern unentgeltlich abgegeben wird.

Die Aborte sind peinlichst rein zu halten (Abwaschen der Sitze mit Sublimat, Karbollösungen, Cresolseife, Chlorkalk oder Formaldehyd).

Reinigen der Hände vor jeder Nahrungsaufnahme ist dringend zu empfehlen.

6. Die (Stadt-)**Schultheißenämter** werden ersucht, die **Anzeigepflicht** durch öffentliche Bekanntmachung in Erinnerung zu bringen.

Neuenbürg, den 15. Okt. 1919.

Oberamt: Reg.-Ass. Rilling. — Der Oberamtsarzt: J. V. Dr. Hennemann.

Veröffentlicht! Jeder Erkrankungs- oder Todesfall an Ruhr ist der Ortspolizeibehörde unverzüglich anzuzeigen.

Wildbad, den 18. Oktober 1919.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Dresdner Bank
Aktienkapital und Reserven
Mk. 340 Milionen
Stuttgart Cannstatt
Heilbronn Ulm

Wir empfehlen:
Kämme, Zahnbürsten, Haarbürsten, - Kleiderbürsten, Handbürsten
zu billigsten Preisen.
Chr. Schmid & Sohn
Abteilung: Parfümerien.

Neu eingegangen:
Seidenstoffe
in reicher Auswahl, alle Webarten und Farben:
Eolienne, Gabandine, Crepon, Crep de chin, Messaline, Merreilleux, Atlas, Taffet, Halb- und Vollvoil etc.
Kostümstoffe rein Wollen
prachtvolle Qualität
Jackettfutter in Seide u. Baumwolle
Futter-Stoffe.
PH. BOSCH :: Wildbad :: Tel. 32.

Echte
Remy-Reisstärke
in grossen Brocken.
Borax chem. rein
lose und Kaiser-Borax in Paketen
Seifenpulver
Friedensqualität.
Terpentin u. Benzin
Tischlerleim
in Tafeln.
Medic. Drogerie
Gebr. Schmit, Wildbad.

Wegen Kohlenmangel habe ich während des Winters nur **einmal täglich Sprechstunde** und zwar von 2—4 Uhr, ausgenommen Samstags.
Dr. med. W. REUSCH
Spezialarzt für Frauenkrankheiten
Telefon 3936 **STUTTGART** Schloßstr. 14

Schönen
Mangold
empfiehlt
Gärtner Wacker.

Eine guterhaltene
Krautstande
wird zu **kaufen gesucht**.
Wo, sagt die Expedition.

Café Bechtle - Weinstube
Wildbad.
Ia. alte und neue
Rot- und Weissweine
im Ausschank.

Bettnässen
Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. **Versandhaus Wohlfahrt, München 111 Isabellastraße 12.**

Medicinal-Drogerie
Gebr. Schmit, Wildbad.
Backpulver
Vanillezucker, Oetker
Eiersatz
Puddingpulver
Natron, chem. rein
Hirschhornsalz
Zimmt
Nelken
Muskatnüsse
Kardamom
Pfeffer, ganz und gemahlen 160

Besten Schutz
gegen
Verlust
durch Feuer und Diebstahl
bietet die
Aufbewahrung v. Wertpapieren, Urkunden u. Schmucksachen jed. Art
in unserer
Stahlkammer.
In dieser Stahlkammer befinden sich eiserne Schranktächer, die in verschiedenen Grössen, zu billigen Preisen, auf beliebige Zeit, unter Eigenverschluss des Mieters zur Verfügung gestellt werden.
Wertsachen können uns auch in versiegelten Paketen, Kisten etc. verpackt, zur sicheren Aufbewahrung übergeben werden.
Besichtigung der Stahlkammer ist während der Geschäftsstunden gerne gestattet.
Stahl & Federer Akt.-Ges.
Filiale Wildbad.

Nehme **Bestellungen** auf
Stockholz
für hiesige Einwohner entgegen **Wilh. Schlüter.**

Echte schwarze
Meerschaum-Pfeifen
mit
Bernstein-Spitzen
bei
Chr. Schmid & Sohn
König-Karlstraße 68

Eiserne Pflüge und Eggen
aller Art
empfiehlt in großer Auswahl
August H. Scheytt
Illingen bei Mühlacker.

Kopfläuse
verschwinden unfehlbar durch 314 „Nissin" (Mk. 1.50)
Zu haben in der Stadt-Apotheke.

Württ. Bürgerpartei
Ortsgruppe Wildbad.
Heute abend
Singstunde
im Gasthaus zum „**Kühlen Brunnen**."

Musik-Verein
Wildbad.
Morgen Donnerstag
abend 8 Uhr
Probe
sämtl. Mitglieder im Lokal.

Habe einen alten
Sekretär
mit Einlegarbeiten
zu verkaufen.
A. Spingler, Maschinenmeister, Schwimmbad.

Ein **feldgrauer**
Mantel
wird zu kaufen gesucht.
Von wem sagt die Exped. ds. Blattes.

Ein gebrauchter, kleinerer
Herd
sofort zu kaufen gesucht.
Wer, sagt die Expedition.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw